

Inhaltsverzeichnis

Kinder/Schule: Die besten Chancen für alle Kinder

Hohe Qualität bei der Kinderbetreuung – Schule als attraktiver Lern- und Lebensort

Zusammenleben: Eine Gemeinde für alle

Kinder- und jugendgerechte Infrastrukturen bereitstellen
Ein vielfältiges lokales Kulturangebot
Sport für alle
Armut verhindern
Genderpolitik als Leitmotiv
„Design for All“ – Die Menschen im Mittelpunkt
Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der Senioren erhalten
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt der kulturellen Vielfalt
Eine weltanschaulich offene und pluralistische Gesellschaft

Demokratie und Verwaltung: Eine offene Gemeinde

Umfangreiche Information, Transparenz und Zugänglichkeit
Breites Angebot zum Mitreden
Im Dienst der BürgerInnen

Stadt- und Gemeindeentwicklung: Bessere Planung, mehr Lebensqualität

Gemeindeentwicklung optimal planen
Intelligenter Bauen, erschwinglichen Wohnraum schaffen
Mehr Service durch regionale Zusammenarbeit
Optimales Angebot für eine bessere Mobilität
Gemeindeeigene Ressourcen nachhaltig nutzen

Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz: Eine gesunde Umwelt – eine artenreiche Natur

Natürliche Vielfalt und eine gesunde Umwelt erhalten
Eine hohe Wasserqualität
Abfallwirtschaft – von der linearen zur Kreislaufwirtschaft

Kommunaler Schub für die gesellschaftliche Transformation

Die Gemeinde als Motor für gesellschaftliche Transformation und als verantwortungsbewusster Konsument
Der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien
Nachhaltiger Tourismus als Wirtschafts- und Kulturfaktor

Kinder/Schule – Die besten Chancen für alle Kinder

Hohe Qualität bei der Kinderbetreuung – Schule als attraktiver Lern- und Lebensort

Das qualitativ hochwertige Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und dieses in ausreichendem Maße in unserer Gemeinde sind der Schlüssel für mehr Chancengleichheit, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern. Eine enge Koordination und Vernetzung zwischen den Strukturen der Kinderbetreuung und der Schule sowie die Einbeziehung der Eltern und der Kinder stehen für die Koalitionspartner an alleroberster Stelle. Ein großes Angebot an außerschulischen Maßnahmen und die verantwortliche Nutzung und Gestaltung der kommunalen Schulgebäude haben einen erheblichen Einfluss auf die optimalen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kinder.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner garantieren, dass jede Familie mit einem neugeborenen Kind im ersten Lebensjahr ihres Kindes auf den kommunalen Dienst „*BabyPlus*“ zurückgreifen kann. Die Familien werden proaktiv aufgesucht, um sie bestmöglich auf ihre neue Rolle als Eltern vorbereiten zu können.

Wir werden genügend *öffentliche Betreuungsstrukturen* schaffen. Das pädagogische Grundkonzept setzt die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt. Alle unsere Betreuungsstrukturen funktionieren nach dem Prinzip der Inklusion.

Wir streben eine *Zusammenarbeit zwischen den lokalen Vereinen (Sport, Kultur) und den kommunalen Einrichtungen* an, um eine enge Kooperation zwischen dem Betreuungspersonal, den sozialen Diensten und den Eltern zu gewährleisten.

Wir werden die enge *Zusammenarbeit zwischen „Maison relais“ und Schule* weiter fördern, z. B. durch gemeinsame Personalräume und Überschneidungen der Arbeitszeiten.

Wir unterstützen und fördern weiterhin über die eigentliche Schulorganisation hinaus *zusätzliche pädagogische Initiativen und Projekte* in den *Bereichen Sport, Kultur, Umwelt, Natur, Handwerk, Medien* usw.

Wir werden das Lehrpersonal bei der *Umsetzung des „Plan de développement scolaire“* unterstützen.

In Zusammenarbeit mit den Schulkomitees und dem Lehrpersonal wollen die Koalitionspartner neue Impulse durch *gezielte Förderung pädagogischer Innovationsprojekte* sowie durch das *Einsetzen von Arbeitsgruppen* einbringen. Jede Schule soll ihren Freiraum haben, um neue Methoden im Sinne der Inklusion, der Differenzierung und der Zusammenarbeit einzusetzen.

Wir werden einen *engen Dialog mit den Eltern* pflegen und die *Elternvereinigungen* in ihrer Arbeit unterstützen. Wir werden darauf pochen, dass die Zusammenarbeit in gegenseitigem Respekt und im Interesse der Kinder stattfindet.

Die Koalitionspartner setzen auf *kleinere Schulen in den Wohnvierteln, statt auf den Ausbau der bestehenden Schulen*. Die Proximität ist zumal für die Kinder im „Cycle 1“ von großem Vorteil. So werden wir neue Schulen mit „Maison relais“ für bis maximal 350 Kindern im Mathendahl in Niederkorn, auf der Place Mandela in Differdingen und im oberen Teil der Woiwerwiesen auf Fousbann bauen.

Wir unterstützen die *Arbeit mit Kindern mit spezifischen Bedürfnissen* und stellen besondere Räume (z. B. Psychomotoriksaal, Snoezelraum, Airtramp etc.) und Material bereit.

Beim Neubau bzw. der Renovierung von Schulräumen und Betreuungseinrichtungen werden *umweltfreundliche Baustoffe* verwendet und es wird konsequent auf *sparsamen Energie- und Wasserverbrauch* gesetzt. Besonderen Wert wird auf eine gute akustische Gestaltung gelegt.

Wir werden *Pausenhöfe* und *Spielplätze abwechslungsreich und naturnah* und vor allem in *Zusammenarbeit mit den Kindern, Eltern* und dem *Lehrpersonal* planen oder neugestalten.

ten, damit sie den Kindern optimale Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Die Koalitionspartner werden in der direkten Umgebung der Schulen und Betreuungseinrichtungen *Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung* (autofrei, Tempo-30-Zonen) treffen. Dies gilt auch und besonders für die Nationalstraßen, welche entlang der Schulen in Differdingen und Niederkorn führen.

Wir werden eine *Hausaufgabenhilfe für alle Kinder* anbieten und werden hierfür Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und Studenten miteinbeziehen.

Die Themen *Natur- und Umweltschutz* werden verstärkt in den Schulen und „Maison relais“ angesprochen. Unsere Naturschule soll durch lokale Projekte unterstützt und ausgebaut werden. Jede Schule soll über einen eigenen Schulgarten verfügen können.

Die Koalitionspartner werden in *jedem Klassenraum* unserer Schulgebäude eine *Alarmvorrichtung* und ein *Lautsprechersystem* vorsehen, damit wir im Ernstfall schnell und effizient in Kontakt mit dem Lehrpersonal treten und wichtige Informationen übermitteln können. Wir werden ein Konzept ausarbeiten, das die Abläufe von möglichen Ernstfällen definiert. Dies in enger Absprache mit dem zuständigen Ministerium und den Rettungsdiensten.

In Zusammenarbeit mit spezialisierten Strukturen bieten wir *Dienstleistungen* an, die *Kinder im Krankheitsfall* betreuen.

Wir werden *Initiativen* unterstützen und koordinieren, die *Eltern in Erziehungsfragen* begleiten und beraten.

Wir werden die *Inklusion von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen* durch angepasste Infrastrukturen sowie durch bedarfsorientierte Weiterbildungen gewährleisten. Bei Freizeit- und Ferienaktivitäten werden wir die Belange dieser Kinder berücksichtigen.

Auch während der Schulferien werden wir in Zusammenarbeit mit den Sport- und Kulturvereinen ein *breites Sport- und Freizeitangebot* anbieten. (z. B. „Vacances Loisirs“).

Wir werden *regelmäßig Elternversammlungen* organisieren, in denen die Konzepte, die Arbeit und die Ziele in den Betreuungsstrukturen und Schulen erläutert werden. Bei diesen Gelegenheiten sollen die Eltern auch die Möglichkeit haben, ihre Erwartungen mitzuteilen.

Wir werden in den Betreuungsstrukturen *generationenübergreifende Projekte* durchführen, welche Kinder, Jugendliche und ältere Personen zusammenführen. Ein Beispiel dafür sind unsere gemeinschaftlichen Gartenanlagen, in denen Kinder und Senioren zusammen Gemüse anbauen können.

Um die *Integration von Flüchtlingskindern* zu vereinfachen, werden wir die nötigen Klassensäle zur Verfügung stellen und zusätzliches Personal einstellen.

Wir werden für *weitere Turn- und Bewegungsräume* sorgen, damit der Sportunterricht nicht durch unnötige Transportfahrten eingeschränkt wird. Diese Räume sollen auch von unseren „Maison relais“ und unseren Vereinen genutzt werden können.

Der *Ausbau des Schwimmangebotes* für unsere Schulkinder ist unumgänglich. Wir werden eine Studie in Auftrag geben, welche die Alternativen (Ausbau Aquasud, neues Schulschwimmbekken in einer anderen Schule oder Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden) untersucht und nach deren Analyse die bestmögliche Variante umgesetzt wird.

Wir werden eine *enge Zusammenarbeit mit der Gemeinde Pétingen* anstreben was die *Organisation der Präsenzen der Bademeister* angeht. Dies soll dazu führen, dass in beiden Gemeinden kein Schwimmunterricht mehr ausfallen wird.

Wir unterstützen alle *präventiven Maßnahmen zur Gesundheitserziehung*. Dazu zählt:

eine *gesunde und ausgewogene Ernährung* in den *Schulkantinen*,

bei der Beschaffung der Nahrungsmittel für Schulkantinen und „Maisons relais“ setzen wir auf *saisonale Lebensmittel, Bioprodukte* sowie *Produkte aus fairem Handel und regionaler Produktion*,

viele Bewegungsmöglichkeiten für die Kinder, z. B. im Pausenhof oder auf dem Schulweg, der bevorzugt zu Fuß oder mit dem Fahrrad/Roller zurückgelegt werden soll,

die Schaffung von *ausreichenden und modernen Infrastrukturen für den Schulsport* in direkter Nähe,

die *Vermeidung von Nahrungsmittelvergeudung* („antigaspiration“). Es soll ebenfalls untersucht werden, inwiefern – unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben –, überschüssige Nahrung der Kantinen an Bedürftige verteilt werden kann.

Wir werden weiterhin für einen *sicheren Schulweg* sorgen, damit alle Kinder zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können. Unser Konzept soll weiter ausgebaut werden und fester Bestandteil der ersten Lernstunden bei Schulbeginn werden.

Wir werden das *Angebot an kommunalen Betreuungsstrukturen* („Maison relais“ und „Crèche“) weiter ausbauen. Speziell in den neuen Wohnvierteln werden wir Räumlichkeiten bauen oder ankaufen, um dies zu ermöglichen.

Die Koalitionspartner werden, je nach Bedarf, die „*Bëschcrèche*“, die „*Bëschschoul*“ und die „*Maison relais*“ im *Kannerbongert* ausbauen. Es soll aber eine kleine Struktur bleiben.

Wir werden eine *enge Kooperation mit dem „Luxembourg Science Center“* aufbauen, um damit die Grundschüler aus Differdingen mehr für die Wissenschaft zu begeistern.

Die *Subsidien für bedürftige und gute Schüler* werden angepasst und nach schulischen Leistungen gestaffelt werden.

Zusammenleben: Eine Gemeinde für alle

Kinder- und jugendgerechte Infrastrukturen bereitstellen

Eine aktive Kinder- und Jugendpolitik zählt zu unseren Prioritäten. Erziehung und Ausbildung sind die Säulen unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Doch besonders die Selbstverwirklichung unserer Kinder und Jugendlichen soll weiter gefördert werden. Die Möglichkeit zur Partizipation und zum Engagement sollen dazu führen, dass die Kinder und Jugendliche sich früh für die Entwicklung von kommunalen Projekten interessieren und mitbestimmen können, wie ihre Gemeinde zukünftig gestaltet wird.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden weiter dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche aktiv bei den *Entscheidungen der Gemeindepolitik* einbezogen werden, die *bestehenden Kinder- und Jugendgemeinderäte* werden weitergeführt.

Kinder und Jugendliche werden rechtzeitig bei der *Stadt- und Verkehrsentwicklung* sowie bei der *Planung von Grün- und Spielflächen* oder *Sportanlagen* miteinbezogen.

Wir werden im Vorfeld von jugendpolitischen Entscheidungen Jugendliche, *Jugendhäuser* und *Jugendvereine* gezielt miteinbeziehen.

Wir werden das *Angebot der bestehenden Jugendhäuser* anpassen und *deren Öffnungszeiten* werden in Einklang mit den Bedürfnissen der Jugendlichen festgelegt.

Die *aufsuchende Jugendarbeit* („*outreach youth work*“) wird fortgesetzt, um jugendliche

Schulabbrecher aufzufangen und ihnen neue Perspektiven anzubieten.

Wir werden ein kommunales Projekt in Zusammenarbeit mit spezialisierten Diensten zur Präventionsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausarbeiten, um frühzeitig die *Chancengleichheit* zu gewährleisten und um das Abdriften in eine soziale Unsicherheit zu vermeiden. Dabei werden sie bei der Arbeits- und Wohnungssuche gezielt unterstützt.

Wir werden ein *breitgefächertes Angebot* an Freizeit-, Ferien-, Sport- und Kulturaktivitäten anbieten und richten Spiel-, Sport- und Aufenthaltsplätze für Kinder und Jugendliche ein:

Alle Angebote entsprechen den *spezifischen Bedürfnissen* der verschiedenen Altersstufen und sind sowohl für *Mädchen* als auch für *Jungen* attraktiv.

Sie richten sich auch an *junge Menschen mit spezifischen Bedürfnissen* und sind *barrierefrei* zugänglich.

Es werden *Treffpunkte nur für Jugendliche* im öffentlichen Raum, aber außerhalb eines institutionellen Rahmens, eingerichtet.

Wir werden die eigenständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen durch ein *sicheres Fuß- und Radwegenetz* fördern, wir sorgen für einen sicheren Schulweg und bieten ihnen die bestmöglichen Bedingungen beim Benutzen des öffentlichen Transports sowie bei Late Night Bussen oder Sonderbussen an.

Wir werden *Treffpunkte* definieren, welche die *verschiedenen Generationen* zusammenführen. So planen wir u. a. neben Spielplätzen auch „Pétanqueplätze“ anzulegen.

Die Koalitionspartner werden *alternative Wohnprojekte* schaffen, wo junge Erwachsene in Wohngemeinschaften leben können.

Wir geben uns eine Strategie, um die Jugendarbeitslosigkeit vor Ort zu bekämpfen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem kommunalen Job Center und den spezialisierten Diensten ist notwendig um Synergien mit den lokalen Betrieben und dem Handel zu erarbeiten. Die Betreiber der Sozial- und Solidarisierungswirtschaft werden ebenfalls mit einbezogen.

In Kooperation mit den zuständigen Instanzen sollen Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen werden, die eine Lehre absolvieren möchten und schlechte Berufsaussichten haben. Es werden in der Verwaltung, den technischen Diensten und den „Maisons relais“ Ferienjobs und Praktikumsstellen für Schüler und Studenten geschaffen.

Es werden junge Arbeitssuchende im Rahmen von Berufsförderungsverträgen („Contrat d'appui-emploi“) und Berufseinführungsverträgen („Contrat d'initiation à l'emploi“) eingestellt, um ihre Berufseingliederung zu erleichtern.

Im Zusammenhang mit der Vergabe von Subsidien an Sozial-, Kultur- und Sportvereine werden transparente Kriterien eingeführt, welche die Sozial- und Aufbauarbeit mit Kindern und Jugendlichen besonders fördern.

Ein vielfältiges lokales Kulturangebot

Kultur steht für Lebensqualität und fördert die Integration und den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde. Die kommunale Kulturpolitik muss vielschichtig sein und die unterschiedlichen kulturellen Interessen der Bevölkerung berücksichtigen. Das kulturelle Leben soll für alle Menschen zugänglich sein. In dem Sinne ist das Kulturbudget fortwährend erhöht worden und es gilt die Vielseitigkeit des kulturellen Angebots weiter auszubauen.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden bei der kommunalen Kulturpolitik darauf achten, dass *alle sozialen Gesellschaftsschichten* sowie Schulen, Betreuungsstrukturen, Jugendzentren und Kulturschaffende beteiligt werden.

Wir werden konsequent auf *interkommunale Kooperation* und regionalen Austausch setzen, um ein vielfältiges Kulturangebot zu erreichen und die Ressourcen effizient zu nutzen. Die Gemeinde wird umfassend über das kulturelle Angebot in der Gemeinde und der Region in-

formieren.

Priorität hat die Förderung von Kultur, Kunst und Kreativität bei *Kindern und Jugendlichen*. Wir unterstützen die Einrichtung von Probe-, Aufführungs- und Ausstellungsräumen für Jugendliche.

Wir werden mit Subsidien *kulturelle Aktivitäten in den Grundschulen, Kinderbetreuungsstrukturen* oder *Jugendzentren* unterstützen, wie z. B. Besuche von Kulturveranstaltungen und Bibliotheken. Die aktive und kreative Partizipation an Kulturprojekten wird gefördert.

Wir werden gezielt kulturelle Vereine oder Kulturschaffende fördern, die sich für die *Partizipation von Kindern oder Jugendlichen* sowie den interkulturellen und/oder intergenerationellen Austausch und die Integration einsetzen. Den Kulturvereinen werden adäquate Infrastrukturen zur Verfügung gestellt.

Wir setzen uns für eine angemessene *Archivierung* und *Aufbereitung der Dokumente* in Zusammenhang mit lokalen zeitgeschichtlichen Ereignissen („*mémoire collective*“) sowie der Wiederbelebung der Geschichte der verschiedenen Orte, Ortsviertel oder historischen Gebäude ein.

Zusammen mit den lokalen Vereinen sorgen wir für eine lebendige Gestaltung der *Heimatkunde*, auch durch Hinweise und Beschriftung im öffentlichen Raum.

Wir werden – im Sinne von *Kultur für alle* –, auch weiterhin *Projekte von Vereinen unterstützen* (DiffWinds, „Festival des Marionnettes“, MultiKulti, Theaterfestival usw.).

Das kurzfristig angedachte Projekt der *Künstlerateliers in gemeindeeigenen leeren Wohnräumen* braucht eine dauerhafte Lösung. Wir werden ein Konzept ausarbeiten, bei dem *dauerhafte Räumlichkeiten für Künstler* entstehen sollen. Hierzu sollen auch die BürgerInnen mit einbezogen werden, um z. B. leerstehende Räumlichkeiten an Künstler zu vermieten. Dies fördert zudem den sozialen Austausch zwischen den Generationen.

Wir werden die *Geschichtsarchive der Gemeinde digitalisieren* und für die BürgerInnen zugänglich machen.

Die Koalitionspartner unterstützen die Vereinigung „MinettPark, parc industriel, naturel et ferroviaire“. Wir werden zusammen mit der Gemeinde Petingen und dem zuständigen Ministerium ein *Besucherzentrum im Fond-de-Gras* errichten. Dieses soll eine Informationsstelle für Besucher, Räumlichkeiten für Konferenzen und auch die langersehnten sanitären Einrichtungen beinhalten. Die Vergangenheit der Erz- und Eisenindustrie soll im Rahmen einer 3D-Visualisierung noch einmal aufleben.

Die Koalitionspartner werden veranlassen, dass die *historischen Gebäude* unserer Gemeinde ihre Vergangenheit preisgeben. Dazu werden interaktive Informationstafeln an diesen Gebäuden errichtet, die den BürgerInnen und BesucherInnen Aufschluss geben. Ein entsprechender Wanderweg soll die Gebäude zu einem Rundgang verbinden und so eine touristische Attraktivität bieten. Dieses Projekt soll in enger Zusammenarbeit mit dem lokalen Geschichtsverein umgesetzt werden.

Wir werden dafür sorgen, dass das *ehrenamtliche Engagement* einen besseren Stellenwert bekommt und öffentliche Anerkennung erfährt.

Wir werden weiterhin kultureller Partner als auch Sozialpartner bei der *Vereinigung „Cultur’All“*, die wirtschaftlich benachteiligten Haushalten Zugang zu kulturellen Veranstaltungen zu einem deutlich günstigeren Tarif ermöglicht, sein.

Sport für alle

Neben den zahlreichen Sportvereinen bietet auch die Gemeinde eine Vielzahl von sportlichen Aktivitäten für alle Altersgruppen an und übernimmt somit eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsförderung ihrer Bevölkerung. Sport erfüllt eine Reihe von Funktionen mit positiven Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, das persönliche Wohlbefinden, die Erziehung und das Lernen. Sport ist ein wesentlicher Bestandteil für eine erfolgreiche Integration. Das Sportangebot der Gemeinde muss somit möglichst breitgefächert sein und den unterschiedlichen Bedürfnissen der

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner unterstützen sämtliche Sportvereine und versuchen ihnen *adäquate Infrastrukturen* zur Verfügung zu stellen.

Wir stehen *Vereinsfusionen* positiv gegenüber und unterstützen die interessierten Vereine bei ihrem Vorhaben.

Wir knüpfen die Vergabe von *Subsidien* für Sportvereine an *Kriterien*, wie z. B. die Einstellung von ausgebildeten TrainerInnen, die Bemühung zur Integration und die Nachwuchsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Wir werden für durch die Aufstellung einer sportlichen und finanziellen Bilanz für *mehr Transparenz bei der Vergabe der Subsidien* sorgen.

Wir werden den *Behindertensport* gezielt fördern.

Neue, noch weniger bekannte Sportarten werden ihre Chance bekommen und unterstützt werden.

Wir werden den *Freizeitsport* fördern, deshalb wird der Zugang zu den Sportinfrastrukturen auch jenen Personen ermöglicht, die nicht in Vereinen aktiv sind.

Sport darf *nicht elitär* sein. Wir sorgen dafür, dass auch wirtschaftlich benachteiligte BürgerInnen aller Altersklassen Zugang zu sportlichen Aktivitäten haben.

Der Stellenwert des Sports wird in den *Schulen und Betreuungsstrukturen* einen hohen Wert bekommen. Die Vernetzung mit den lokalen und regionalen Sportvereinen wird verstärkt werden.

Wir streben eine *effiziente Nutzung der Sportinfrastrukturen* im regionalen Kontext an. Die Planung, der Bau und die Nutzung der Sportinfrastrukturen soll zusammen mit den *Nachbargemeinden* organisiert werden und wenn möglich auch die Nutzung staatlicher Infrastrukturen soll mit eingebunden werden.

Wir werden dafür sorgen, dass das *ehrenamtliche Engagement* einen besseren Stellenwert bekommt und öffentliche Anerkennung erfahren wird.

Die Koalitionspartner setzen sich weiter für ein *regionales Leichtathletikzentrum* ein. Dieses soll mit unseren Nachbargemeinden Petingen und Sanem geplant und betrieben werden. Zudem kann es auch von lokalen Fußballvereinen genutzt werden.

Ein neues Reglement wird die *gemeinsame Benutzung der kommunalen Sportinfrastrukturen* durch mehrere Vereine ermöglichen und effizienter gestalten.

Armut verhindern

Chancengleichheit kann nur dann bestehen, wenn Ungleichheiten aus der Welt geschafft werden. Die Prävention und die Bekämpfung der Armut gehört daher zu einer prioritären Aufgabe der Gemeinde. Armut führt zur Ausgrenzung und Ausgrenzung ist nicht vereinbar mit unserem Leitmotiv „Eine Gemeinde für alle“. Ziel ist es, unseren BürgerInnen die Möglichkeiten zu geben, in Eigenverantwortung ihr Leben gestalten und an den sozialen und kulturellen Ereignissen teilnehmen zu können.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden die vor Jahren eingeführte *Sozialberichterstattung* fortführen und auf Grund deren Analyse gezielt und bevorzugt in präventive Maßnahmen investieren.

Der sehr erfolgreiche *Dienst „BabyPlus“* zur Unterstützung, Beratung und Begleitung von jungen Eltern sowie zur Gesundheitsvorsorge der Säuglinge wird fortgesetzt.

Wir werden dem Projekt des Sozialamtes „SeniorPlus“, das zur Vorbeugung der sozialen Isolation im Alter und zur Beratung und Begleitung der Senioren interveniert, einen definitiven Status verleihen.

Wir unterstützen weiterhin die lokale „Epicerie sociale“.

Wir treten ein für verschiedene Konzepte von *Secondhandshops* als konviviale Orte für unsere Stadt, wo einerseits gebrauchte Kleider und andere Gebrauchsartikel angeboten werden und wo man andererseits ein paar gemütliche Momente z. B. bei einem Kaffee verbringen kann.

Wir werden den bestehenden *Solidaritätszuschuss* („allocation de solidarité“) bei Bedarf den sozialen Parametern (Index- oder Gebührenerhöhungen) anpassen.

Die bestehende DiffPrime und die Hilfen des Sozialamtes in Zusammenarbeit mit MyEnergy gelten der *Vorbeugung der Energiearmut* durch eine *Verringerung des Energiekonsums*.

Die regionale „*Agence immobilière sociale Kordall*“ in Zusammenarbeit mit dem Verbund SIKOR („Syndicat intercommunal du Kordall“) wird weiterhin *leerstehende Wohnungen* anmieten, um sie an wirtschaftlich schwache Haushalte weiter zu vermieten.

Wir werden einen gemeindeeigenen Dienst für das Wohnungswesen („*service logement*“) ins Leben rufen, der die zukünftigen Gemeindewohnungen verwaltet und der Ansprechpartner sowohl für MieterInnen und BesitzerInnen in Fragen des Mietrechts und bei Wohnproblemen ist und der die Konformität der Wohnsituationen überprüft.

Wir werden aktiv im sozialen Mietwohnungsbau und im Ankauf von Wohnungen investieren, um so ein ausreichendes Angebot an *erschwinglichem Wohnraum* zu schaffen. Dieser Wohnraum soll sich dezentral und in kleinen Einheiten auf alle Viertel unserer Gemeinde verteilen.

Die Gemeinde wird *Notunterkünfte* schaffen für BürgerInnen, die Opfer eines Schadenfalls geworden sind.

Wir achten bei zukünftigen Bauprojekten auf *Faktoren der sozialen Durchmischung*.

Wir werden auf regionaler Ebene Lösungen für die Problematik der *Obdachlosigkeit* ausarbeiten. Wir bevorzugen das *Konzept „Housing First*“ zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und werden mit spezialisierten Vereinigungen solche Maßnahmen in unserer Gemeinde umsetzen.

Wir werden in Zusammenarbeit mit spezialisierten Diensten Verantwortung für eine *präventive Drogenpolitik* übernehmen.

Wir werden eine *Informations- und Beratungsstelle für Drogenkonsumenten* und ihre Angehörigen einrichten.

Wir werden ein *Streetwork-Konzept* ausarbeiten, um vertrauensbildende Maßnahmen mit *gefährdeten* Jugendlichen und Erwachsenen aufzubauen und ihnen neue Perspektiven anzubieten.

Wir sind *solidarisch mit den Flüchtlingen* und fördern Toleranz bei unseren Bürgern und Bürgerinnen und Vereinigungen, was die Aufnahme von Flüchtlingen betrifft.

Wir stellen weiterhin *Auffangstrukturen* zur Verfügung und schaffen Wohnmöglichkeiten für die Aufnahme von Flüchtlingen und bieten Aktivitäten an für die *Verbesserung des interkulturellen Austausches*.

Unser Ziel: Genderpolitik als Leitmotiv

Die Gemeinde hat die Charta zur Gleichstellung der Geschlechter unterzeichnet und der entsprechende ausgearbeitete Aktionsplan enthält eine Reihe von kurz- und längerfristigen Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung von Diskriminierungen und Benachteiligungen auf Grund des Geschlechts. Der Aktionsplan wird jedoch auf gesellschaftliche Entwicklungen Rücksicht nehmen und entsprechende Anpassungen vornehmen müssen.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner setzen sich ein damit der bestehende Gleichstellungsdienst eng mit allen Gemeindediensten und auf allen Ebenen zusammenarbeitet, um die *Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern* intern zu thematisieren und konsequent umzusetzen.

Bei allen kommunalen Projekten und Angeboten werden die *unterschiedlichen Situationen und Interessen von Frauen und Männern* berücksichtigt werden.

Wir werden für eine *ausgeglichene Beschäftigungsstruktur zwischen Frauen und Männern* in unserer Verwaltung und unseren Dienststellen sorgen. Der Anteil an Frauen und Männern wird untersucht und es werden Maßnahmen ergriffen, um die Ungleichgewichte zu beheben. Dies gilt auch in Bezug auf die Besetzung von Führungspositionen in der Verwaltung und von Verwaltungsratsposten, in Syndikaten und interkommunalen Gremien, in welche die Gemeinde Vertreter entsendet.

Die Entwicklung der *kommunalen Beschäftigungsstruktur* wird regelmäßig veröffentlicht.

Traditionelle Geschlechterrollen und -stereotypen sollen aufgebrochen und Maßnahmen durchgesetzt werden, welche die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* erleichtern, indem beispielsweise Väter ermutigt werden, Familienurlaub zu nehmen.

Junge Frauen und Männer werden bei ihrer Berufswahl ermutigt, sich auch über *nicht-traditionelle Berufe* zu informieren.

Wir werden jährlich am „*Girls' Day/Boys' Day*“ teilnehmen.

Wir werden aktiv das *Gleichgewicht von Frauen und Männern* bei der *Besetzung der Kommissionen und Arbeitsgruppen* fördern. Wir ermutigen und unterstützen Frauen, sich aktiv in die Gemeindepolitik einzubringen und ihre Kandidatur bei Gemeindewahlen zu stellen.

Wir werden die breite Öffentlichkeit mit Hilfe von *Aufklärungskampagnen über Diskriminierung und homophobe Gewalt* und über die *Umsetzung unserer Genderpolitik* informieren.

Wir werden *Schulungen und Sensibilisierungskampagnen* des Personals zu Gender- und Gleichstellungsfragen anbieten

Wir werden in den *Schulen*, „*Maisons relais*“ und Jugendhäusern Projekte und Aktionen zur *Information über Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und Gleichstellung* der Geschlechter fördern, wie

die Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Diskriminierungen,

die Beseitigung der Geschlechterrollen und Geschlechterstereotypen,

die Beseitigung der Benachteiligung aufgrund des Geschlechts und die Anerkennung *der individuellen Differenz*.

Wir werden das Thema *Gewalt in der Partnerschaft* angehen. Wir werden Frauenhäuser und Beratungsstellen unterstützen und die Öffentlichkeit zum Thema häusliche Gewalt sensibilisieren

Wir werden *Namen der Straßen, Gebäude, Infrastrukturen* usw. gleichberechtigt nach Frauen und Männern benannt.

„Design for All“ – Die Menschen im Mittelpunkt

„Design for All“ soll nicht eine Floskel sein, sondern als Leitmotiv für die Planung und Gestaltung von

Infrastrukturen, für das Angebot an Produkten und Dienstleistungen und für das soziale Zusammenleben gelten. Physische und soziale Barrieren sollen konsequent abgebaut werden, sodass unabhängig von Alter, Fähigkeiten und Lebensstilen jeder teilhaben kann und sein Leben autonom gestalten kann. Die Ausarbeitung einer Charta mit dem entsprechenden Aktionsplan und dessen Umsetzung wird die Herausforderung der nächsten Jahre sein.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden das „comité participatif“ bei der Ausarbeitung der Charta „*Design for All*“ und des *Aktionsplanes*, der die Prioritäten der Umsetzung für die nächsten Jahre festlegt, unterstützen. Der Aktionsplan soll in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Diensten, den Schulen und den Betreuungsstrukturen ausgearbeitet werden.

Wir werden die *Empfehlungen des Aktionsplans zur Barrierefreiheit* im baulichen Bereich sowie auch in Bezug auf Information und Kommunikation konsequent umsetzen. Dabei soll gezielt auf Folgendes geachtet werden:

Zugänglichkeit aller öffentlichen kommunalen Gebäude und Plätze,

Zugänglichkeit der Freizeit-, Sport- und Kulturinfrastrukturen sowie deren Aktivitäten,

Zugänglichkeit der Tourismusangebote,

zur Verfügung stellen von Informationen in einfacher Sprache, gut lesbare Hinweisschilder in mehreren Sprachen,

Internetseiten ohne Hindernisse, auf denen auf einfache Weise Dokumente und Anträge zugänglich sind,

vereinfachte Beschilderung der öffentlichen Gebäude (Piktogramme) und Orientierungshilfen im öffentlichen Raum,

barrierefreier Zugang zum öffentlichen Transport.

Wir werden alle *öffentlichen Events* der Gemeinde auf *Zugänglichkeit und Barrierefreiheit* überprüfen lassen.

Wir werden die *lokalen Vereinigungen* ermutigen und unterstützen, um ihre *Veranstaltungen barrierefrei* zu gestalten.

Wir werden die *lokalen Geschäftsleute* ermutigen und unterstützen ihre *Räumlichkeiten barrierefrei* zu gestalten.

Wir bieten *Weiterbildungskurse* für das Gemeindepersonal an, um einen adäquaten Empfang und Umgang von Personen mit spezifischen Bedürfnissen zu garantieren.

Wir fördern alle Maßnahmen, die zu einer besseren Inklusion in den Schulen und den Betreuungsstrukturen führen.

Wir werden die gesetzlichen Vorgaben zur *Einstellung von Arbeitssuchenden mit einer Behinderung* einhalten und diese in unsere administrativen und technischen Dienste integrieren.

Autonomie und Selbstbestimmung der SeniorInnen erhalten

Wir stellen eine größere Lebenserwartung bei unserer Senioren fest sowie eine immer größere Altersspanne innerhalb dieser Altersgruppe. Die Zusammensetzung dieser Altersgruppe ist sehr heterogen und die Bedürfnisse dementsprechend unterschiedlich. Viele sind auch noch im hohen Alter gesund und aktiv, andere sind in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt und nur noch beschränkt autonom. Der Anteil der ausländischen SeniorInnen wächst und stellt uns vor neue Herausforderungen. Die soziale Vernetzung bleibt die wichtigste Zielvorgabe, um gegen Isolation im Alter vorzugehen.

Die SeniorInnen sollten darin unterstützt werden, so lange wie möglich aktiv und eigenständig zu bleiben. Die Förderung des intergenerationellen Austausches und Zusammenlebens ist eine weitere

Zielsetzung. Kommunale Seniorenpolitik betrifft viele Bereiche und muss daher in Partnerschaft mit öffentlichen Dienststellen, den lokalen Vereinen und den Betroffenen geplant werden. SeniorInnen haben ihre Kompetenzen, Kenntnisse und Erfahrungen, die genutzt werden müssen.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden einen *kommunalen Seniorendienst schaffen*, der die Dienste des Projektes „SeniorPlus“ des Sozialamtes integral übernimmt und dauerhaft weiterführt. Der Dienst wird:

- systematisch alleinstehende SeniorInnen aufsuchen, um sie zu beraten und zu informieren und auf diese Weise die soziale Isolation vermeiden,
- systematisch mit Personen in schwierigen Situationen (z. B. Verlust des Partners) in Kontakt treten, um ihnen Hilfe und Unterstützung anzubieten,
- die Bedürfnisse der SeniorInnen erfassen und bei Bedarf angepasste Angebote schaffen,
- Kontaktpartner in allen Fragen des dritten und vierten Alters sein,
- vernetzt mit spezialisierten Diensten und Vereinigungen zusammenarbeiten.

Wir werden einen Seniorenkommunalplan *umsetzen*, der die unterschiedlichen kommunalen und privaten Akteure in der Gemeinde miteinbezieht und der zusammen mit den Senioren entworfen wird. Dieser Plan trägt der *Diversität der* älteren Bevölkerungsgruppe Rechnung, enthält Mechanismen gegen die *Vereinsamung im Alter*, fördert die Autonomie und die aktive Teilnahme der SeniorInnen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.

Wir werden durch eine gute Beleuchtung der öffentlichen Wege, eine klare Beschilderung, sichere Fußgängerwege und kleine Grünflächen oder Parks mit Sitzgelegenheiten für ein *barrierefreies und fußgängerfreundliches Umfeld* sorgen.

Wir werden die *zahlreichen Freizeit-, Sport-, Kultur- und Weiterbildungsaktivitäten*, die sich an SeniorInnen der unterschiedlichen kulturellen und sozialen Schichten richten, weiterhin anbieten und ausbauen, und den interkulturellen Austausch fördern.

Wir werden *Treffpunkte* definieren, welche die verschiedenen Generationen zusammenführen. So planen wir u. a. neben Spielplätzen auch „Pétanqueplätze“ anzulegen.

Wir werden das *breite Hilfsangebot an Unterstützungen für zu Hause*, wie z. B. Essen auf Rädern, „Service de Proximité“, Telealarm, mit den kompetenten Dienstleistungsanbietern weiterführen und bei Bedarf ausbauen und anpassen.

Wir werden in einem „*Guide Senior*“ in mehreren Sprachen über das Angebot an Dienstleistungen, Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten informieren.

Wir unterstützen *alternative Wohnformen*, wie z. B. intergenerationelles oder partizipatives Wohnen. Gemischte Wohnformen als Bindeglied zwischen den Generationen werden bevorzugt.

Im Rahmen der *Charta „Design for All“* werden die speziellen Bedürfnisse der SeniorInnen berücksichtigt.

Wir starten eine *Sensibilisierungskampagne* bei den lokalen Geschäftsleuten und Dienstleistungsanbietern, um auf die besonderen Bedürfnisse der SeniorInnen aufmerksam zu machen.

Wir werden die „*Seniorenfoire 60up*“ unter einem neuen Konzept weiterhin organisieren.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt der kulturellen Vielfalt

Integrationspolitik hat zum Ziel, den BürgerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft und Kultur, die gleichen Chancen zu gewährleisten am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die soziale und kulturelle Diversität ist eine Bereicherung für die Gesellschaft und kein Hindernis. Es muss ein Zusammenleben entstehen, das auf gegenseitigem Verständnis und Respekt basiert. Integration ist ein perma-

nenter Prozess, an dem alle teilhaben müssen, damit er gelingt.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden *Patenschaften für die neuen BürgerInnen* unserer Stadt anbieten, um sie bei ihren ersten Schritten in ihrem neuen Umfeld zu begleiten und zu beraten und um sie mit den Sitten und Gebräuchen unseres Landes vertraut zu machen.

Wir werden einen *kommunalen Integrationsplan* ausarbeiten.

Wir werden ein *Museum der Integration* planen, das die Geschichte der Migration in unserer Stadt und der Region darstellt.

Wir werden einen *Platz der Nationen* als Ort des Austausches und der Information zu geopolitischen Fakten und kulturellen Gepflogenheiten einrichten.

Wir werden die *öffentlichen Informationen, Kommunikationen und Vorstellungen in mehreren Sprachen* anbieten und dabei auch auf die spezifischen Bedürfnisse unserer MitbürgerInnen Rücksicht nehmen (*Gebärdensprache, einfache Sprache*).

Wir werden verstärkt die *Beteiligung der nicht-luxemburgischen Bevölkerung* am politischen aktiven und passiven Leben fördern.

Wir stellen *Wohnmöglichkeiten* für die Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung und bieten Aktivitäten für die Verbesserung des interkulturellen Austausches an.

Um Flüchtlingskindern die Integration zu erleichtern, werden wir in den Betreuungseinrichtungen *die nötigen Räumlichkeiten* schaffen und *zusätzliches Personal* einstellen.

Unser Ziel: Eine weltanschaulich offene und pluralistische Gesellschaft

Es ist auch auf kommunaler Ebene möglich, das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen an die gesellschaftliche Realität von heute anzupassen. Diese Realität verlangt, dass die Gemeinden ihr Angebot an Dienstleistungen für nicht-religiöse Menschen ausbauen und attraktiver gestalten.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden Infrastrukturen und Angebote schaffen, die eine attraktive und würdige *Umsetzung von weltlichen Zeremonien* (z. B. Hochzeitsfeiern und Bestattungen) garantieren können.

Der Waldfriedhof und die naturbelassene Aschestreuwiese bieten bereits jetzt eine alternative Bestattungsform,

Die bestehenden kommunalen Räumlichkeiten erlauben es bereits jetzt, dass sowohl weltliche Rituale wie auch Rituale der verschiedenen Religionen stattfinden können,

Wir werden es ermöglichen, dass die Kirchengebäude, die im Besitz der Gemeinde sind, auch für nicht-religiöse Veranstaltungen genutzt werden können,

Die Bestimmungen zum Vermummungsverbot werden im Rahmen der vom nationalen Gesetz vorgegebenen Auflagen umgesetzt.

Demokratie und Verwaltung: Eine offene Gemeinde

Umfangreiche Information, Transparenz und Zugänglichkeit

Der Politikverdrossenheit und dem Vertrauensverlust in Politiker kann nur mit Information und Transparenz begegnet werden. Die demokratischen Kräfte müssen den Bürgern und Bürgerinnen ihre Arbeit kontinuierlich vermitteln und erklären. Die gezielte Aufbereitung der Informationen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Einsatz neuer Technologien werden immer wichtiger.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner gewähren einen weitreichenden *Zugang zu Informationen* in Bezug auf Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene getroffen werden.

Zum besseren Verständnis des Funktionierens der Gemeinde und ihrer Dienste werden wir den BürgerInnen regelmäßig generelle Informationen in *zugänglicher Form und Sprache* über die Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse der Gemeinde zukommen lassen.

Wir werden Informationen über die Aktivitäten, Projekte und politischen Entscheidungen der Gemeinde allen Bevölkerungsgruppen über *unterschiedliche Kommunikationswege* zugänglich machen. Neben den traditionellen Druckmedien und den Infoversammlungen sind ebenfalls elektronische Medien (Internet, DiffApp) und soziale Netzwerke zu nutzen. In diesem Sinne werden wir:

Die Internetseite der Gemeinde durch eine Rubrik „Virtuelle Raider“ ergänzen, in der sämtliche Aushänge auch unter elektronischer Form zugänglich gemacht werden,

die Bevölkerung zeitnah über Baustellen und Umleitungen informieren, inklusive deren Auswirkungen auf den öffentlichen Transport und mögliche Alternativen zeigen, unsere Internetseite durch Mehrsprachigkeit, Programme für Sehbehinderte und den Einsatz von einfacher Sprache für alle zugänglich zu machen,

elektronische Informationstafeln an den Hauptzubringerstraßen der Gemeinde aufstellen, die fortwährend aktuelle Informationen zu wichtigen Terminen wie Veranstaltungen von Vereinen, Versammlungen und Feste anzeigen,

die kostenlose Diff-App für Smartphones weiterentwickeln und verbessern, damit sie sowohl als Warn- und Informationssystem funktioniert, sodass die Bevölkerung zeitnah und effizient über die Verkehrslage, Luft- und Wasserqualität, kulturelle oder sportliche Veranstaltungen oder über Gemeindedienste informiert werden kann.

Wir werden bei Publikationen und Informationsversammlungen auf die *sprachliche Situation* der lokalen Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bevölkerung *schnell und umfassend bei Vorfällen*,

die eine Gefahr für die Gesundheit darstellen, informiert wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die öffentlichen Gemeinderatssitzungen per *Livestream im Internet* übertragen werden und auf der Internetseite der Gemeinde archiviert und zugänglich gemacht werden.

Wir werden die Informatikdienste unserer Gemeinde weiter ausbauen. So werden wir verstärkt auf eigene Software und auf unsere eigene Datenarchivierung (*Cloud*) setzen.

Wir werden dafür sorgen, dass der Gemeinderat zukünftig *ohne Papier* funktionieren soll. Jedes Gemeinderatsmitglied soll über einen Laptop/Tablet verfügen, welche ihm Zugang zu allen wichtigen Dokumenten gibt. Somit entfallen Druck- und Versandkosten.

Bei größeren Projekten, wie Bauvorhaben oder neuen reglementarischen Bestimmungen, werden wir im Vorfeld *Bürgerversammlungen* organisieren. Wichtige Dokumente sollen auf der Internetseite der Gemeinde publiziert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schöffenrat sich in *öffentlichen Sprechstunden* für die Belange der BürgerInnen zur Verfügung steht. Zudem sollen im Rahmen der Gemeinderatssitzungen öffentliche Fragestunden eingeführt werden.

Wir sehen vor, dass im Gemeinderat regelmäßig *Bilanzen* in verschiedenen Bereichen (Soziales, Umwelt, Gender, etc.) präsentiert und diskutiert werden.

Wir werden die *Gemeindebudgets* und den *mehrwährigen Finanzplan* veröffentlichen.

Wir werden den breiten *Zugang zu den digitalen Medien* fördern. Es sollen außerdem Einführungs- und Weiterbildungskurse angeboten werden, welche sich an die verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen richten.

Wir werden die *Archive* der Gemeinde *digitalisieren* und für die BürgerInnen zugänglich machen.

Wir werden ein *Konzept „less paper“/„paperless“* ausarbeiten, wonach die Dokumente mittelfristig nur noch in digitaler Form zirkulieren sollen. Der Papierverbrauch und der Platzbedarf für die Archivierung und die damit anfallenden Kosten werden somit drastisch gesenkt.

Ein breites Angebot zum Mitreden

Die BürgerInnen müssen in die politischen Entscheidungen eingebunden werden, denn die kommunalen Beschlüsse beeinflussen ihr unmittelbares Lebensumfeld und das soziale Zusammenleben in der Gemeinde. Der politische Entscheidungsprozess muss transparent sein und die Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen muss garantiert sein.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden den *Austausch mit BürgerInnen* proaktiv suchen, indem wir beratende Kommissionen, Bürgerversammlungen und Anhörungen nutzen, um die wichtigen Entscheidungen in der Gemeinde besser vorzubereiten und zu diskutieren. Es wird generell darauf geachtet, dass sich auch jene Bevölkerungsgruppen, die sich normalerweise nicht einbringen, am Entscheidungsprozess beteiligen sollen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Vertreter der Gemeinde in Gemeindefunktionen und anderen Gremien mindestens einmal im Jahr dem Gemeinderat *Bericht erstatten* und dass der Gemeinderat ihnen vor wichtigen Entscheidungen ein entsprechendes Mandat gibt.

Wir werden auch weiterhin den *Stellenwert der Kommissionen* hoch halten. Alle Projekte die dem Gemeinderat vorgelegt werden, müssen vorher von den betroffenen Kommissionen begutachtet werden.

Wir achten darauf, dass die *beratenden Kommissionen paritätisch* mit Frauen und Männern besetzt werden. Es ist darauf zu achten, dass auch nicht-luxemburgische Mitbürger eingebunden werden. Neben den politischen VertreterInnen sollen ebenfalls lokale Vereine sowie interessierte BürgerInnen hinzugezogen werden.

Bei der Planung von größeren Projekten und für die Lösung von Problemen oder Konflikten sollen die *zuständigen Kommissionen* hinzugezogen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass *Projekte zur Gestaltung des öffentlichen Raumes* mit den betroffenen BürgerInnen vor Ort diskutiert und geplant werden.

Wir fördern die Partizipation und Mitsprache der BürgerInnen, indem wichtige *Dokumente via Internet* zugänglich gemacht werden und ein elektronischer Austausch vorgesehen ist.

Wir werden die *nicht-luxemburgische Bevölkerung* sensibilisieren, um sich in die Wählerlisten einzutragen und sich politisch zu engagieren.

Kinder und Jugendliche sollen sich über *Kinder- und Jugendgemeinderäte* aktiv am Gemeindeleben beteiligen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schöffen- und Gemeinderat mindestens einmal im Jahr *Ortsversammlungen* mit den BürgerInnen in den verschiedenen Ortsteilen abhält.

Wir schlagen vor, ein *kulturelles Bürgerbudget für Ortsteile* einzurichten und interessierte BürgerInnen bei der Entscheidungsfindung und Umsetzung von Projekten professionell zu begleiten.

Im Dienst der BürgerInnen

Wir wollen den BürgerInnen optimale kommunale Dienstleistungen anbieten. Einfache Verwaltungsabläufe, bürgerfreundliche Dienststellen und ein breites Angebot an Behördengängen via Internet machen die Gemeinde bürgernah und führen zu mehr Effizienz und Akzeptanz. Zum Wohlbefinden der BürgerInnen gehört auch das Gefühl einer sicheren Umgebung in der Gemeinde..

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden ermöglichen, dass die meisten *Behördengänge via Internet* erledigt werden können. Unkomplizierte Formulare und weitreichende Informationen werden online angeboten.

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, werden wir *Initiativen im Bereich des Ehrenamtes* fördern und *Verbände und Vereine* in ihrer Arbeit unterstützen. Besonders engagierte BürgerInnen werden weiterhin mit speziellen Auszeichnungen geehrt, wie z. B. dem „mérite sociétal“.

Wir stellen den BürgerInnen weiterhin gratis *Mediatoren zur Lösung von Nachbarschaftskonflikten* zur Verfügung.

Wir werden den Mediatorendienst „*Maison des Conflits*“ für die Lösung von Konflikten innerhalb der Familie um den Bereich der sozio-familiärem Mediation ausbauen.

Wir werden ein klar strukturiertes Organigramm über die *Zuständigkeiten der Gemeindedienste und -verwaltung* öffentlich zugänglich machen.

Wir werden uns für die *Fortbildung der Gemeindemitarbeiter* einsetzen, um eine maximale Qualität bei der Kundenbetreuung zu gewährleisten.

Wir möchten die *Verwaltungsabläufe* analysieren, um sie zu optimieren. Hierfür wird auf ein Projektmanagementprogramm zurückgegriffen welche alle Abläufe dokumentiert und einen schnellen Überblick über den Stand der Projekte ermöglicht.

Wir werden ein *kostenloses WLAN-Netzwerk* in den Ortszentren, öffentlichen Gebäuden und Parkanlagen aufbauen und zur Verfügung stellen.

Stadt- und Gemeindeentwicklung: Bessere Planung, mehr Lebensqualität

Die Gemeindeentwicklung optimal planen

Um die aktuellen Probleme im Bereich der Mobilität, des Wohnungsbaus, des Energieverbrauchs oder der Zersiedlung des Landes zu beheben, stehen neben dem Staat ebenfalls die Gemeinden in der Verantwortung. Es ist unerlässlich, dass die kommunale Planung nach den nationalen Vorgaben für nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Mixität der Funktionen (Arbeit, Wohnen, Einkauf, Freizeit), Flächenverbrauch, kurze Wege, Naherholung und Energieverbrauch ausgerichtet wird.

Unsere Grundlagen für einen neuen Bebauungsplan:

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass der *allgemeine Bebauungsplan* (PAG, „Plan d'aménagement général“) so erstellt wird, dass zuerst die Flächen innerhalb des Bauperimeters optimal genutzt werden (z. B. Baulücken), bevor weiteres Bauland ausgewiesen wird.

Die Koalitionspartner werden den *Bauperimeter* nicht erweitern, sondern nur *punktuellen Anpassungen* (z. B. Begradigungen) ermöglichen.

Wir werden generell den PAG so ausrichten, dass *Alltagsziele* wie Einkaufen, Dienstleistungen, Naherholung, Schulen, Freizeitstätten und Behörden möglichst *zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Transport* zu erreichen sind.

Wir setzen uns dafür ein, *historische Bausubstanz* und gewachsene Strukturen zu erhalten und zu valorisieren. Eine enge Zusammenarbeit mit dem „Sites et Monuments“ wird angestrebt. Besonders erhaltenswerte Fassaden wurden in diesem Sinne bereits geschützt und die Subventionierung der Arbeiten an diesen Fassaden deutlich erhöht.

Die Koalitionspartner bestehen weiterhin auf die *Erhaltung bestehender Einfamilienhäuser* um zu vermeiden, dass vermehrt Wohnresidenzen in den Vierteln Einzug erhalten.

Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um als *Gemeinde Bauland* zu erwerben. Zudem werden wir aufgrund von sozialen und ökologischen Kriterien neuen Wohnraum schaffen.

Wir werden Wohnungsbaugebiete oder öffentliche Bauprojekte aufgrund von verkehrstechnischen Aspekten nach *sozialen und energetischen Kriterien* ausweisen und planen.

Wir werden bei allen Straßenbauprojekten und bei der Planung öffentlicher Plätze dem *nicht-motorisierten Verkehr* einen hohen Stellenwert einräumen und sie nach den Kriterien des Konzepts „Design for All“ gestalten. Dieses wollen wir durch ein systematisches Anlegen von Fahrradwegen, großzügigen Gehwegen und abgeflachten Bordsteinkanten erreichen.

Wir werden unser *Fahrradkonzept* ausbauen und im PAG verankern. Neben sicheren Fahrradwegen für den Alltag werden auch ausreichende und gesicherte Stellplätze für Fahrräder vorgesehen.

Wir werden an Hand von Pilotprojekten *neue Wohnformen* fördern, wie z. B. Wohngemeinschaften, intergenerationelles Wohnen, autofreie Wohnanlagen sowie verdichtetes Wohnen innerhalb von gemeinschaftlichen Grünanlagen.

Wir werden *Flächen für Schrebergärten bzw. Gemeinschaftsgärten* im PAG ausweisen.

Wir werden das kommunale Reglement betreffend Werbeflächen so gestalten, dass *angepasste Werbung* möglich ist, ohne jedoch störend zu wirken. Dabei wollen wir sehr restriktiv mit Lichtreklamen umgehen und großflächige Bildschirme vermeiden.

Wir werden die *Lichtverschmutzung* angehen und die öffentliche Beleuchtung anpassen sowie die Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden dezent gestalten. Desweiteren sollen verstärkt insektenfreundliche Leuchtmittel zum Einsatz kommen.

Wir werden einen *Standard für den Bau* und die Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude als behördenverbindliches Instrument ausarbeiten und beschließen. Dieser Standard berücksichtigt sowohl soziale, energetische als auch ökologische Kriterien.

Der gezielte und moderate Einsatz von Überwachungskameras und Maßnahmen an neuralgischen öffentlichen Orten, wie z. B. an Bahnhöfen und in vereinzelt Parkanlagen, erhöht die *Sicherheit der Bürger*. Eine vernünftig eingesetzte Videoüberwachung trägt zur Vorbeugung von Vandalismus, Erkennung von Gefahren und zur Aufklärung von Verbrechen bei. Eine solche Videoüberwachung wird im Einklang mit den Vorgaben des Datenschutzgesetzes eingeführt werden.

Intelligenter bauen, erschwinglichen Wohnraum schaffen

Die Gemeinden stehen in der Verantwortung, um im Wohnungsbereich aktiv zu werden. Die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist eine Priorität. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinde über eine Reserve an Bauland verfügt. Durch geeignete Maßnahmen können die Energiekosten der Haushalte reduziert werden, sodass Wohnen auch in Zukunft erschwinglich bleiben kann.

Die Werkzeuge unserer Wohnungspolitik:

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die *regionale „Agence immobilière sociale*

Kordall“, ein Projekt des Gemeindeverbundes SIKOR (Syndicat intercommunal du Kordall), weiterhin leerstehende Wohnungen anmieten wird, um sie an wirtschaftlich schwache Haushalte weiter zu vermieten.

Wir werden einen gemeindeeigenen Dienst für das Wohnungswesen („*service communale logement*“) einführen, der die zukünftigen Gemeindewohnungen verwaltet und der Ansprechpartner sowohl für MieterInnen und BesitzerInnen bei Fragen des Mietrechts und bei Wohnproblemen ist und der die Konformität der Wohnsituationen überprüft.

Wir werden weiterhin aktiv im *sozialen Mietwohnungsbau* und im Ankauf von Wohnungen bleiben, um so ein ausreichendes Angebot an erschwinglichen Wohnraum zu schaffen und greifen dabei auf staatliche Unterstützung zurück.

Die Gemeindeverwaltung wird *leerstehende Immobilien* aufkaufen und neue Projekte ins Leben rufen, um die Attraktivität der Stadt aufrecht zu erhalten.

Wir werden *kommunale Taxen* für leerstehende Wohnungen und kommerzielle Lokale einführen, wenn andere Maßnahmen erfolglos geblieben sind.

Das Bautenreglement wird überarbeitet werden, um *Baulücken* flexibler und besser *nutzen* zu können.

Wir werden konkrete Vorschläge für die Zukunft des „*Lommelshaff*“ ausarbeiten.

Wir werden eine Lösung für die *Beseitigung des Bahnüberganges* „PN 15“ anstreben.

Noch nicht angefangene Bauprojekte, wie die neue Sporthalle und die Küche in der Grundschule in Niederkorn, werden *zwecks Überarbeitung und möglicher Einsparungen* überprüft werden.

Wir werden die *Bodenspekulation* bekämpfen, die rechtlichen Möglichkeiten des Bebauungsplanes („*Zones prioritaires*“, Baulandverträge, „*Remembrement urbain*“), des „*Pacte-Logement*“-Gesetzes sowie das Vorkaufsrecht oder Erbpachtverträge („*Bail emphythéotique*“) ausnutzen.

Wir treten für eine *Aufwertung der Mietskommission* und eine Ausweitung ihrer Kompetenzen ein.

Wir unterstützen *alternative Wohnformen* wie das intergenerationelle Wohnen, die Wohngemeinschaften, das partizipative Wohnen, die Wohnkooperativen und den Mietkauf.

Wir werden das *Angebot an angepasstem Wohnraum für Studenten, Jugendliche und Senioren* erweitern.

Wir überprüfen zukünftige Bauprojekte auf ihre *Barrierefreiheit* und auf die Zugänglichkeit für Personen mit eingeschränkter Beweglichkeit.

Wir werden Kriterien für *erschwingliches, soziales und nachhaltiges Wohnen* festlegen, die darauf ausgelegt sind, eine ausgewogene Mischung der Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten zu fördern. Gesunde und wiederverwertbare Baumaterialien, die Nutzung erneuerbarer Energien, eine verbesserte Verkehrsplanung und eine angepasste Bebauungsdichte sollen berücksichtigt werden.

Wir setzen uns für ein *Investitionsprogramm* ein, das einkommensschwachen Familien hilft, ihre Wohnungen energetisch zu sanieren.

Beim Verkauf von kommunalen Sozialwohnungen werden wir darauf achten, dass das *Vorkaufsrecht* dieser Wohnungen bei der Gemeinde bleibt.

Wir werden den *Bautendienst* personell aufstocken, um Bauprojekte strenger kontrollieren zu können, auch hinsichtlich der Einhaltung der Statik, dem Grundwasserschutz und der Energieklasse.

Mehr Service durch regionale Zusammenarbeit

Die regionale, interkommunale Zusammenarbeit ist eine hervorragende Möglichkeit ein breitgefächertes Angebot an hochwertigen Infrastrukturen und Dienstleistungen anzubieten. Eine solche Zusammenarbeit macht dann Sinn, wenn übergreifende Aufgaben und Probleme gemeinsam gelöst

werden und eine intelligentere und nachhaltigere Nutzung öffentlicher Mittel angestrebt werden soll.

Unsere Maßnahmen für die regionale Zusammenarbeit:

Die Koalitionspartner werden konsequent die Möglichkeit interkommunaler Planung bei *größeren Projekten* in Betracht ziehen, wie z. B. bei Sport- und Kultureinrichtungen, Betreuungsstrukturen für Kinder, Musikschulen oder Gewerbebezonen, aber auch bei regionalen Dienstleistungen, wie z. B. dem „Office régional de Construction“ oder der regionalen „Agence immobilière sociale Kordall“ und der Tourismusförderung.

Wir werden die *Mobilitätsplanung des öffentlichen Transports, die Planung von Fahrradwegen und Parkraummanagement* in einem regionalen Ansatz angehen.

Wir werden Betriebe bevorzugt in *regionalen Industrie- und Aktivitätszonen* ansiedeln.

Wir werden den regelmäßigen *Gedankenaustausch* mit den anderen *Gemeinden der Region* und auch denen der Nachbarländer initiieren und pflegen.

Optimales Angebot für eine bessere Mobilität

Mobilität für alle erfordert ein breit gefächertes Angebot unterschiedlicher Transportmittel. Der Anteil von Fußgängern und Radfahrern sowie die Nutzung des öffentlichen Transports soll mittel- bis langfristig deutlich gesteigert werden. Es wird eine Herausforderung sein, eine bequeme und schnelle Kombination verschiedener Verkehrsmittel wie Fahrrad, Bus, Tram, Zug und Auto zwischen Start- und Zielort zu gewährleisten. Darüber hinaus wird nicht mehr der Besitz eines Transportmittels, sondern seine Nutzung in den Vordergrund rücken (z. B. durch Carsharing).

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner streben für Differdingen ein *Gleichgewicht* zwischen Fußgängern, Radfahrern, Autofahrern und Bussen an und werden die Planung mit einer maximalen Verkehrssicherheit koppeln.

Wir werden unsere Stadt vom heutigen Verkehr *entlasten*, was eine *Minderung an gesundheitsschädlichen Emissionen* bedeutet.

Rundum die Grundschulen ist es uns besonders wichtig, den *Verkehr zu verlangsamen*, da die Sicherheit der Schulkinder Vorrang hat. Daher werden wir Tempo 30 auch an den Nationalstraßen entlang unserer Schulen einführen.

Wir werden *intelligente Ampeln aufstellen*, um den Verkehr flüssiger zu gestalten.

Das Zentrum von Differdingen wird weitgehend verkehrsberuhigt gestaltet werden. Die Analyse von Experten soll Aufschluss darüber geben, wo „*Shared-Space*“-Zonen eingerichtet werden können und wie ein dazugehöriges Verkehrskonzept ausgearbeitet und umgesetzt werden kann.

Ein neues Konzept für das „*Park-and-ride*“-System wird *eingeführt*, das den Leuten erlaubt, bequem per Bus oder Fahrrad in das Stadtzentrum zu gelangen.

Wir werden *zusätzliche Parkräume* für Anwohner geschaffen.

Wir werden die *Kreuzung Woiver*, in Anbetracht der neuen Verkehrslage durch die Eröffnung der Umgehungsstraße, entsprechend ihrer neuen Bestimmung *umgestalten*.

Wir werden den Einfluss untersuchen, den der zukünftige *Bau des Towers II* mit den dort untergebrachten Geschäfte auf die Verkehrssituation haben wird.

Die Koalitionspartner garantieren, dass der *elektrische Diffbus* auch weiterhin auf vier verschiedenen Linien fahren und selbstverständlich gratis bleiben wird, da die Unterstützung des öffentlichen, emissionsfreien Transports für uns eine absolute Priorität hat.

Wir werden unsere *Müllwagen auf elektrischen Antrieb* umstellen. Sie werden die bestehenden Pantografen im „Parc Gerlache“ und „Im Mai“ in Niederkorn zum Laden nutzen und somit emissions- und lärmfrei durch die Wohnviertel fahren.

Wir unterstützen das *Projekt BHNS* („bus haut niveau de service“) – die „Minettstram“ auf Rädern.

Wir messen der *Harmonisierung des öffentlichen Transports* eine große Bedeutung zu. Dazu werden die Fahrzeiten der RGTR, TICE, CFL und Diffbus so angepasst, dass ein Umsteigen mit minimalen Wartezeiten verbunden ist.

Wir wollen *überdachte Bushaltestellen* und elektronische Tafeln aufstellen, die Busfahrpläne zeigen und gegebenenfalls auch Auskunft über Verspätungen liefern.

Wir planen eine *Verbesserung der Beschilderung von Gehwegen, Fahrradwegen und der Straßenbeschilderung* innerhalb der Gemeinde sowie Informationen über Anbindungen mit anliegenden Gemeinden, dies besonders im Fahrradverkehr und auf Gehwegen.

Wir werden mit Hilfe von *Bodenmarkierungen auf Radwege* aufmerksam machen, zwecks einer besseren Orientierung der Radfahrer und einer deutlicheren Information für Autofahrer.

Die Koalitionspartner werden das *Verleihsystem „Vélo'OK“ näher an die Einwohner bringen*, sodass dieses optimaler genutzt werden kann.

Wir werden dafür sorgen, dass *gesicherte Fahrradunterkünfte geschaffen* werden.

Wir werden ein *„Carsharing“-Konzept* mit unseren *Nachbargemeinden ausarbeiten*. „Benutzen statt besitzen“ entlastet die Straßen, die Umwelt und das Portemonnaie.

Wir fordern einen zusätzlichen *Gemeindedienst für „sanfte Mobilität“* und möchten zu diesem Zweck zwei Arbeitsplätze innerhalb der Gemeindeverwaltung schaffen.

Wir setzen uns für eine *Ausweitung der Tempo-30-Zonen* ein, um die Sicherheit der Schulkinder sowie aller anderen Einwohner zu verbessern. *Zusätzliche Tempo-30-Anzeigen werden an den Zufahrtsstraßen aufgestellt werden.*

Wir unterstützen weiterhin den „Night Rider“-Busdienst.

Gemeindeeigene Ressourcen nachhaltig nutzen

Die Prinzipien der Nachhaltigkeit stehen in unseren Überlegungen und Planungen an erster Stelle. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Lebensqualität der Bevölkerung als auch auf die Schonung der bestehenden Ressourcen und auf die Herausforderungen der Zukunft, jedoch auch auf gesunde Finanzen und die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner führen die *nachhaltige Forstwirtschaft* der vergangenen zehn Jahre weiter. Das FSC-Label für unsere Wälder wird durch Pachtverträge ergänzt, die die Pächter ermutigen und unterstützen soll, auf jegliche Giftstoffe auf gemeindeeigenen Ländereien zu verzichten.

Wir werden das *Umweltamt der Gemeinde mit weiterem Fachpersonal aufstocken*. Auch die Gärtnerei soll mit Experten im Bereich Baumpflege erweitert werden.

Wir werden die *Grünflächen innerhalb des Bauperimeters* konsequent weiter vergrößern und womöglich miteinander verbinden. Die so entstehenden grünen Korridore tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Luftqualität in unseren Wohnvierteln bei.

Bei jedem Bbauungsprojekt werden wir ein besonderes Augenmerk auf die *ökologische Gestaltung* legen, um die Lebensqualität der BürgerInnen zu verbessern.

Wir werden das *„Urban Gardening“-Konzept* weiter ausbauen. Die Wichtigkeit von lokaler Gemüse- und Obstproduktion soll in jedem Wohnviertel hervorgehoben werden.

Wir werden den *Gemüseanbau* in unserer Gemeinde weiter fördern, sei es durch Verpachtung gemeindeeigener Flächen an Bio-Betriebe oder durch den Bau von Gewächshäusern

durch den CIGL.

Wir unterstützen die Pläne für ein *Ferienhotel für Haustiere*, in dem unsere BürgerInnen ihre Haustiere bei längeren Abwesenheiten (Urlaub, Krankheit usw.) unterbringen können.

Wir unterstützen auch weiterhin die *Implementierung eines Tierasyles* in unserer Gemeinde.

Wir werden den *Bauperimeter* nicht erweitern, sondern lediglich *punktuellen Anpassungen* (z. B. Begradigungen) ermöglichen.

Wir werden *Dach- und Fassadenbegrünung* fördern.

Wir werden in den *Kantinen unserer „Maison relais“* weiterhin *saisonale, regionale und biologische Produkte verarbeiten*.

Wir werden die BürgelInnen vermehrt über die *Gefährlichkeit von Pestiziden im privaten Bereich informieren* und Alternativen aufzeigen.

Wir werden die *Lärmbelastung* unter anderem durch die weitere Förderung der sanften Mobilität reduzieren. Auch werden wir mit Nachdruck mit den ansässigen Industriebetrieben über Verbesserungen diskutieren.

Wir werden bei jedem Neubau oder Renovierung von gemeindeeigenen Gebäuden darauf achten, dass Maßnahmen zwecks *Vermeidung von umweltschädlichen Belastungsquellen* ergriffen werden. So werden die Akustik und die Baubiologie schon in der Planungsphase verstärkt untersucht.

Um der Lichtverschmutzung entgegenzuwirken, werden wir im öffentlichen Raum systematisch *insektenfreundliche Leuchtmittel* und eine gezielte sowie zeitlich begrenzte Beleuchtung der gemeindeeigenen Gebäude einsetzen.

Wir werden die *Kontrollen und Sanktionen gegen Umweltfrevler* verstärken.

Wir werden unsere *Spazierwege einheitlich kennzeichnen* und auf mögliche Verbindungen zu Nachbargemeinden aufmerksam machen. Die Distanzen und Wanderzeiten sollen angegeben werden.

Wir werden *geführte Wander- und Mountainbiketouren* anbieten. Viele neue BürgerInnen unserer Gemeinde kennen die Vielfalt unserer Naturgebiete noch nicht.

Wir werden *weitere Zisternen* zum Auffangen von Regen- und Quellenwasser anlegen um die Wasserversorgung unserer öffentlichen Grünanlagen zu garantieren.

Wir werden das *„Tempo 30“-Konzept* auch auf den Nationalstraßen bei unseren Schulen umsetzen.

Bei neuen Bebauungsgebieten werden die Koalitionspartner auf eine *Kompensierung der zerstörten Grünflächen* von 80 Prozent innerhalb des Projekts bestehen. Weitere 15 Prozent müssen sich auf dem Gemeindeareal befinden und nur 5 Prozent dürfen außerhalb der Gemeindegrenzen kompensiert werden.

Wir werden unsere Gemeinde bei dem *Wettbewerb „Ville fleurie“* einschreiben.

Wir werden weitere *Waldzonen unbewirtschaftet* lassen.

Nicht jedes ungenutzte Gelände muss verbaut werden. Die Koalitionspartner setzen auf die *Gestaltung von Grünanlagen oder Spielplätze*. In sich geschlossene Flächen zwischen verschiedenen Straßen werden im PAG nicht weiter als Bauland eingestuft.

Wir werden einige *Permakulturflächen anlegen*. Die Permakultur strebt eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion an, die sehr energiebewusst und respektvoll im Umgang mit anderen Lebewesen ist und dabei genügend Freiraum lässt für die „wilde“ Natur.

Wir werden ein *Label für umweltfreundliche Initiativen* erstellen und einen „prix du mérite environnemental“ einführen.

Wir werden die *Naturschule in Lasauvage* weiterhin finanziell und logistisch unterstützen.

Die *Schulgärten* werden Bestandteil von jeder Schule.

Die SchülerInnen werden verstärkt sensibilisiert werden um auf *lokale, regionale und saisonale Produkte* zurückzugreifen.

Der *respektvolle Umgang mit unserer Umwelt* soll fester Bestandteil der Bildung in unseren „Maison relais“ sein.

Wir werden uns für Geschäfte, die ihre *Waren ohne Verpackung* anbieten, einsetzen.

Wir werden ein *Konzept zum Wassersparen* ausarbeiten durch:

Kampagnen zum Wassersparen die sowohl private Haushalte als auch gewerbliche Betriebe mit einbeziehen,
Subventionierung von Regenwasseranlagen,
Beratung zu wassersparenden Maßnahmen.

Wir werden unser *Wassernetz* weiter optimieren und den gemeindeeigenen Wasserverbrauch kontinuierlich senken. Dazu werden weitere Auffangbehälter für Regen- und Quellenwasser angelegt.

Wir werden auch weiterhin für einen kostendeckenden Wasserpreis eintreten. Parallel werden wir auch weiterhin für einen sozialen Ausgleich für einkommensschwache Haushalte sorgen. Zuzüglich sollen auch hier Beratungen helfen, den Wasserverbrauch der Haushalte zu senken.

Wir werden unseren *Quellenkaster* bei jeglicher Planung von Neubaugebieten oder Straßenprojekten respektieren und nutzen. So können genügend Wasserzisternen gebaut werden und eine saubere Abführung des Quellenwassers in die Korn möglich wird.

Wir werden zusammen mit den staatlichen Instanzen *Wasserschutzgebiete definieren*. Das *Projekt der Flusspartnerschaft* soll endlich umgesetzt werden. Wir werden uns mit Nachdruck im interkommunalen Syndikat dafür einsetzen.

Wir werden durch die *gezielte Vermeidung von Lebensmittelabfällen* in unseren „Maison relais“ Schritte gegen die Verschwendung von Lebensmitteln einleiten. Die Weitergabe von Essensresten an das Personal und an die Eltern soll gestattet werden.

Wir werden Initiativen wie *Tauschbörsen, Repair-Cafés, Secondhandmärkte und Flohmärkte* unterstützen.

Beim Bau gemeindeeigener Gebäude werden wir auf *recyclebare und ökologische Materialien* zurückgreifen. Ein Baubiologe soll ab der Planung jedes Projekt begleiten und beraten.

Wir werden einen *Standard für den Bau und die Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude nach sozialen, energetischen und ökologischen Kriterien* als behördenverbindliches Instrument einführen.

Wir werden den *lokalen Geschäftsverband* weiterhin unterstützen. Der lokale Handel ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern sorgt auch für eine Erhöhung der Lebensqualität für die BürgerInnen und schafft lokale Arbeitsplätze.

Zusammen mit den Nachbargemeinden und der „Transition-Minett“-Bewegung werden wir die *Vorteile einer lokalen Währung*, wie etwa der „Beki“ im Kanton Redingen, untersuchen und gegebenenfalls einführen. Dies stärkt den lokalen Handel und sichert somit auch lokale Arbeitsplätze.

Kommunale Liegenschaften und Bauten werden für *innovative Projekte* und für die *dezentrale Energieproduktion* zur Verfügung gestellt. So können z. B. Dachflächen zur Fotovoltaiknutzung, Gewächshäuser usw. bereitgestellt werden.

Beim *Einsatz von Windenergie* wird darauf geachtet, daß alle gesetzlichen Auflagen eingehalten werden und die Anwohner keine negativen Folgen durch aufgestellte Windmühlen erleiden.

Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz: Eine gesunde Umwelt und eine artenreiche Natur

Natürliche Vielfalt und eine gesunde Umwelt erhalten

Wir möchten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten und den Natur- und Umweltschutz auf lokaler Ebene voranbringen. Eine biologische Vielfalt ist Basis für ein stabiles Ökosystem und die Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen. Saubere Luft und Ruhe gehören auch zum Gesundheitsschutz. Wir möchten durch präventive Maßnahmen, wie naturnahe Grünflächen, eine sanfte Mobilität und verkehrsberuhigte Zonen oder ökologische Baustoffe und Lebensmittel für eine gesunde Umwelt und eine hohe Lebensqualität sorgen.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden sich für ein *zusätzliches Naturschutzgebiet*, das weite Gebiete zwischen *Oberkorn und Belvaux* unter Schutz stellt, einsetzen.

Wir werden die *Grünflächen miteinander vernetzen* und mit den *Grünzonen* außerhalb der *Ortschaften* verbinden. So wird die Wohn- und Lebensqualität verbessert und es entstehen wichtige Biotope für zahlreiche Tiere und Pflanzen. Desweiteren verbessern diese grüne Korridore den Luftaustausch und tragen somit zu einer deutlich besseren Luftqualität in unseren Wohnvierteln bei.

Wir werden die *Biodiversität* durch Maßnahmen, wie z. B. das späte Mähen von Grünstreifen und das Anlegen von Wildblumenwiesen, fördern.

Wir werden in *einigen Waldzonen* die *Wege zurückbauen*, um den Tieren Rückzugsmöglichkeiten zu geben.

Wir werden eigene *Programme zur Sensibilisierung für die Natur* aufstellen und mit diesem Ziel Programme anderer Organisationen (SICONA, natur&mwelt etc.) unterstützen.

Wir werden Privathaushalte und Betriebe in Industrie- oder Gewerbebezonen mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit über die *Möglichkeiten von naturnahen Grünflächen informieren* und fachliche Beratung anbieten.

In einem *Baumkadaster* werden wir die Bäume im urbanen Raum erfassen, verwalten und schützen.

Wir werden die *Dach- und Fassadenbegrünung fördern*.

Wir führen die *nachhaltige Forstwirtschaft* der vergangenen zehn Jahre weiter. Das FSC-Label für unsere Wälder wird durch Pachtverträge ergänzt, die die Pächter ermutigen und unterstützen, auf jegliche Giftstoffe auf gemeindeeigenen Ländereien zu verzichten. Im Gegenzug dazu, werden ihnen finanzielle Hilfen zugestanden.

Wir werden auch weiterhin *keine Zirkusgastspiele mit Tieren* erlauben.

Wir werden die BürgerInnen verstärkt über die *Gefährlichkeit von Pestiziden* im privaten Bereich informieren und Alternativen aufzeigen.

Wir werden das *Biomonitoring*, die Überwachung unserer Luftqualität, weiterführen und die BürgerInnen entsprechend informieren.

Wir werden ein *Konzept für die Rückkehr des Wolfes* in unseren Wäldern erstellen. Wir werden die Bevölkerung zu diesem Thema ausgiebig informieren und sensibilisieren.

Wir werden eine *Untersuchung der Wildmigration*, aus der ein Programm zur Förderung dieser Migration entstehen wird, aufstellen. Damit vergrößern wir die Attraktivität unserer Naturgebiete für eine Reihe von Wildtieren.

Der „*Große Weiher*“ auf dem Gelände des ArcelorMittal-Werkes in Niederkorn wird in den Grenzen des Möglichen als *Naherholungsgebiet* ausgewiesen und geschützt.

Wir werden weitere *Waldzonen unbewirtschaftet* lassen.

Wir werden unserern *Gärtnerdienst* um eine *Abteilung erweitern*, die sich der Pflege unserer Bäume widmen wird, hierfür werden wir Fachpersonal einstellen.

Eine hohe Wasserqualität

Die hohe Trinkwasserqualität in unserer Gemeinde ist das Resultat eines konsequenten Schutzes der Gewässer. Deshalb werden wir auch weiterhin zur Absicherung der lokalen Trinkwasserquellen beitragen. Der kostendeckende Wasserpreis gibt uns die nötigen finanziellen Mittel, diese Ziele zu erreichen, denn er ist ein wichtiges Instrument, das den verantwortungsvollen Umgang mit der wertvollen Ressource Trinkwasser fördert. Der Klimawandel mit seinen Wetterextremen sowie die demographische Entwicklung erfordern Anpassungen der Gemeindeinfrastrukturen, damit die Bevölkerung geschützt und die Natur und Umwelt bewahrt werden.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden *weitere Zisternen* zum Auffangen von Regen- und Quellenwasser *anlegen*, um die Wasserversorgung unserer öffentlichen Grünanlagen zu garantieren.

Wir werden zusammen mit den staatlichen Instanzen Wasserschutzgebiete definieren. Das *Projekt der Flusspartnerschaft* soll endlich umgesetzt werden. Wir werden uns mit Nachdruck im interkommunalen Syndikat dafür einsetzen.

Wir werden ein *Quellen- und Bachschutzprogramm* erstellen.

Wir werden die *Crosnière* in Lasauvage zusammen mit unseren französischen Nachbargemeinden *sanieren*.

Wir werden die *Renaturierung der Korn* weiter vorantreiben.

Wir werden die *Kontrollen und Sanktionen gegen Umweltfrevler* verstärken.

Wir werden unser *Wassernetzwerk* weiter optimieren und den gemeindeeigenen *Wasserverbrauch zunehmend senken*. Dazu werden weitere Auffangbecken für Regen- und Quellenwasser angelegt.

Wir werden auch weiterhin für einen *kostendeckenden Wasserpreis* eintreten. Parallel hierzu werden wir auch weiterhin für einen sozialen Ausgleich für einkommensschwache Haushalte sorgen. Desweiteren sollen Beratungen auch hier helfen, den Wasserverbrauch der Haushalte zu senken.

Wir werden ein *Konzept zum Wassersparen* ausarbeiten durch:

Kampagnen zum Wassersparen, die sowohl private Haushalte als auch gewerbliche Betriebe mit einbeziehen,

Subventionierung von Regenwasseranlagen,

Beratung zu wassersparenden Maßnahmen.

Wir werden unseren *Quellenkaster* bei jeglicher Planung von Neugebieten oder Straßenprojekten respektieren und nutzen, um ein flächendeckendes Netz an sauberem Quellenwasser anzulegen.

Im Rahmen des Klimapaktes werden wir *Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts-, und Industriebetriebe* an einen Tisch bringen, um mit ihnen über *Energie- und Wassersparmaßnahmen* zu diskutieren.

Abfallwirtschaft – von der linearen zur Kreislaufwirtschaft

Vermeidung von Abfall hat oberste Priorität. Denn jeder Abfall, der erst gar nicht anfällt, ist eine Entlastung für Natur und Umwelt. Der Aufbau einer lokalen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, durch eine konsequente Wiederverwertung von Abfällen oder nicht mehr genutzten Gütern weniger Ressourcen zu verbrauchen. Um Abfallvermeidung und -wiederverwertung wirksam anzugehen, müssen alle mit anpacken. Wir müssen bei Privathaushalten und Betrieben das nötige Bewusstsein schaffen und adäquate Anreize geben.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden das Müllkonzept überarbeiten. *Das Verursacherprinzip („pollueur-payeur“)* soll als Basis für alle Anpassungen dienen. So sollen z. B. auch kleinere 40-Liter-Mülltonnen angeboten werden, in Wohnanlagen werden wir auf Mini-Recyclingcenter setzen.

Wir werden dafür sorgen, dass die grüne Tonne und der Valorlux-Sack *stärker kontrolliert* werden.

Wir werden es einrichten, dass auch im öffentlichen Bereich die *Mülltrennung* verstärkt möglich sein wird.

Wir werden ein *neues Müllkonzept* für mittlere und große *Wohnanlagen* ausarbeiten.

Wir werden uns für *Geschäfte* einsetzen, die ihre *Waren ohne Verpackung* anbieten.

Wir werden weitere Schritte zur Verschwendung von Lebensmitteln durch die gezielte *Verminderung von Lebensmittelabfällen in unseren „Maison relais“* einrichten. Die Weitergabe von Essensresten an das Personal und an die Eltern soll gestattet werden.

Wir werden Initiativen wie *Tauschbörsen, Repair-Cafés, Secondhandmärkte und Flohmärkte* unterstützen.

Beim Bau gemeindeeigener Gebäude werden wir auf *recyclbare und ökologische Materialien* zurückgreifen. Ein Baubiologe soll jedes Projekt ab der Planung begleiten und beraten.

Wir werden uns bei Güter- und Wareneinkauf sowie bei angebotenen Dienstleistungen an *ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien* orientieren. Diese Kriterien fließen bei jeder Vergabe von öffentlichen Geldern ein.

Wir werden dafür sorgen, dass alle *Feste*, die im *öffentlichen Raum* stattfinden, sich an ökologische Richtlinien halten.

Wir werden mit den *lokalen Vereinen* ein Konzept ausarbeiten, um die Müllvermeidung auch auf ihren Festen zu verbessern.

Kommunaler Schub für die gesellschaftliche Transformation

Die Gemeinde als Motor für gesellschaftliche Transformationen und als verantwortungsbewusster Konsument

Unsere Stadt soll ein Umfeld sein, das für Handel und Gewerbe attraktiv ist und das die Grundbedürfnisse der Menschen in der Region befriedigt. Die Ansiedlung von innovativen Klein- und Mittelbetrieben muss gefördert werden, die Wirtschaft soll diversifiziert werden und zusätzliche Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Hierbei wird besonders auf die gezielte Ansiedlung von Betrieben gesetzt, von denen zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Produkte oder Produktionsverfahren zu erwarten sind.

Die Gemeinde als bedeutender Auftrag- und Arbeitgeber muss durch öffentliche Aufträge und durch die Verteilung von öffentlichen Geldern, eine entscheidende Rolle für eine andere Wirtschaftsform sowie auch für ein anderes Zusammenleben spielen.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden den *lokalen Geschäftsverband* weiterhin *unterstützen*. Der lokale Handel ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern er bringt auch eine Erhöhung der Lebensqualität für die BürgerInnen mit sich.

Wir werden das *Projekt „Science Center“* weiter *unterstützen*. Wir sehen in diesem Projekt großes Potential für unsere Gemeinde. Wir bestehen aber auch weiterhin auf eine transparente juristische Struktur, ehe die Gemeinde sich hier finanziell beteiligen kann.

Bei der Beschaffung der Nahrungsmittel in kommunalen Einrichtungen setzen wir auf den *Einsatz von saisonalen Bioprodukten* sowie auf Produkte aus fairem Handel und regionaler Produktion.

Wir werden Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts-, und Industriebetriebe an einen Tisch bringen, mit dem Ziel *Synergien zu schaffen* und so den *Umsatz zu erhöhen*.

Die *Zukunft des Niederkorner Krankenhauses* wird debattiert und bestehende Anfragen zur Nutzung der Infrastrukturen in Zusammenarbeit mit den Betreibern erörtert werden.

Zusammen mit den Nachbargemeinden und der „Transition-Minett“-Bewegung werden wir die *Einführung einer lokalen Währung*, wie etwa der „Beki“ im Kanton Redingen, *untersuchen* und *gegebenenfalls einführen*. Dieses Vorgehen bestärkt den lokalen Handel und sichert somit auch lokale Arbeitsplätze.

Im Rahmen des Klimapaktes werden wir mit den gleichen Akteuren auch über *Energiespar-*

maßnahmen diskutieren.

Wir sehen die *Gemeinde selbst als aktiven Wirtschaftsfaktor*, der alleine oder in Partnerschaften *innovative und nachhaltige Projekte umsetzt*. Das Konzept „1535°C“ hat gezeigt, wozu eine Gemeinde in der Lage ist. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen und Flächen zu niedrigen Mietkosten anbieten.

Wir werden nach dem Vorbild der „*transition towns*“ lokale und regionale Initiativen fördern durch:

- alternative Wohnformen (z. B. Wohnkooperativen),
- neue Wirtschaftsformen (Kreislaufwirtschaft),
- eine dezentrale Energieproduktion (Energiekooperativen),
- eine lokale Lebensmittelproduktion (Gemeinschaftsgärten).

Wir werden uns bei Güter- und Warenverbrauch sowie bei den Dienstleistungen an *ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien* orientieren. Diese Kriterien fließen bei jeder Vergabe von öffentlichen Geldern ein.

Der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien

Mittelfristig streben wir an, 100 Prozent des gesamten Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien abzudecken. Der Ausstieg aus der Ölabhängigkeit und der Atomkraft muss demnach auch auf lokaler Ebene sofort angegangen werden. Lokale regenerative Energie vor Ort nutzen, einen kommunalen Mehrwert produzieren und regionale Arbeitsplätze schaffen, entsprechen ein und demselben Ziel.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner streben eine hohe Auszeichnung der Gemeinde beim *Klimapakt* an. Die Gemeinde leistet ihren Beitrag zum Erreichen der Ziele durch aktive Mitarbeit bei den nationalen Programmen zum Klimaschutz und durch den Beitritt zum Klimabündnis.

Wir werden kommunale Aktionen von Vereinen, Industrie und Handel zur *Minderung der CO₂-Emissionen* fördern. Kommunale CO₂-Reduktionsziele werden festgelegt, eine CO₂-Bilanz wird erstellt und regelmäßig aktualisiert.

Wir werden die Vereine durch ein *neues Subsidensystem* zur Müllvermeidung und Energieeinsparungen ermuntern sowie das bisherige System adaptieren.

Wir werden den Fuhrpark der Gemeinde auf *Elektromobilität* umrüsten. Dazu gehören auch und vor allem unsere Müllwagen. Sie werden die bestehenden Pantografen im „Parc Gerlache“ und „Im Mai“ in Niederkorn zum Laden nutzen und somit emissions- und lärmfrei durch die Wohnviertel fahren.

In *Ländern der Dritten Welt* werden wir lokale Projekte in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung unterstützen, um das Bewusstsein für die Probleme und das Verständnis für die Kultur in diesen Ländern zu fördern.

Wir werden unseren Beitrag zum Erreichen der Millenniumsziele leisten und regelmäßig Kampagnen und Informationsabende zur *Nord-Süd-Problematik* organisieren.

Wir wollen die *gemeindeeigenen Agrarflächen* nach ökologischen und sozialen Kriterien verpachten und sind Abnehmer, der auf diesen Flächen erzeugten Produkte, wie z. B. für die Schulkantinen.

Wir werden die *Gemeindepартnerschaften* („Jumelages“) mit ausländischen Städten und Gemeinden so ausrichten, dass durch den konkreten Austausch zwischen den BürgerInnen reelle Kontakte und Partnerschaften entstehen können. Es gilt durch solche Partnerschaften Netzwerke der Innovation und der Kreativität in den Gemeinden zu entwickeln.

Wir werden das *kommunale Energiekonzept aktualisieren* und mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und der dritten industriellen Revolution sowie den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen in Einklang bringen. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog wird erstellt und kontinuierlich umgesetzt.

Wir werden uns im Rahmen des Klimapaktes für ein *Konzept zum Energiesparen* und zur effizienten Nutzung der Energie einsetzen. Wir machen weiterhin aktiv Werbung und beraten Haushalte und Betriebe zum Energiesparen. Über ein Monitoring wird der Gesamtenergieverbrauch kontrolliert und das Energiesparkonzept verfeinert.

Das gesamte Gebiet der Gemeinde wird systematisch für die Produktion und die Nutzung von *erneuerbaren Energien* analysiert und das vorhandene Potenzial (Windstandorte, Holzproduktion, Wärmerückgewinnung aus der Industrie, landwirtschaftliche Biomasse etc.) werden ausgeschöpft. Wir initiieren weitere Fotovoltaik-Gemeinschaftsanlagen auf kommunalen und gewerblichen Dachflächen.

Wir werden eine *Energiebuchführung* für kommunale Gebäude einführen, die es ermöglicht, den kommunalen Energieverbrauch zu analysieren und Strategien für eine höhere Energieeffizienz umzusetzen.

Wir werden kommunale Neubauten nach der *bestmöglichen Energieklasse* realisieren und mit energiesparender Technik ausrüsten. Auf ökologische und baubiologische Baumaterialien wird geachtet. Die spätere Umnutzung der Gebäude soll möglich sein und die Recyclingfähigkeit der Baumaterialien soll gewährleistet sein.

Wir werden die Haushalte über die neuen staatlichen Instrumente für die *Sanierung der privaten Wohnungen* informieren und im Rahmen des Klimapaktes beraten.

Wir werden weitere *Ladestationen für Elektrofahrzeuge* anbieten.

Bei neuen Gewerbegebieten und Siedlungsprojekten werden wir auf eine *energieeffiziente Planung* achten (Ausrichtung der Gebäude, Schattenwurf, Nahwärmenetz etc.).

Wir werden uns an *Anti-Atom-Initiativen* beteiligen und juristische Maßnahmen gegen Atomkraft unterstützen.

Nachhaltiger Tourismus als Wirtschafts- und Kulturfaktor

Mit einem lokalen und regionalen Tourismuskonzept bieten sich gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Wirtschaft. Das vorhandene Potenzial muß noch besser ausgeschöpft werden. Das Zusammenreffen von Industriekultur und naturnahen Angeboten bieten eine hervorragende Grundlage für den Tagestourismus.

Unsere Maßnahmen:

Die Koalitionspartner werden in Zusammenarbeit mit den lokalen Vereinigungen und den Nachbargemeinden die *Ausarbeitung eines Tourismuskonzeptes* für die Region fördern. Priorität genießt dabei die Bewahrung und die sanfte Nutzung des natürlichen, kulturellen und historischen Erbes.

Wir erstellen kontinuierlich ein *Inventar der schützenswerten Gebäude, Plätze oder Landschaften* und geben uns eine Strategie, um diese zu erhalten bzw. aufzuwerten.

Wir werden darauf achten, dass die Region professionell vermarktet wird, wobei besonders jene *Tourismusinfrastrukturen* im Vordergrund stehen, die den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht werden.

Wir setzen uns für eine *Verbesserung des Angebots* für Touristen ein: Thematische Fahrrad- und Wanderwege, geführte Besichtigungen, Informationszentren, Jugendherbergen, „gîtes ruraux“ und „gîtes d'étapes“ sollen entstehen.

Wir achten auf *gut ausgeschilderte Wander- und Fahrradwege* und die entsprechenden Infrastrukturen werden in Stand gehalten.

Wir werden *weitere Natur- und Kulturpfade* anlegen, auf denen durch Hinweise und Beschriftung die spezifische Geschichte und Natur der Gemeinde erklärt werden.

Wir werden einige *neue Wanderwege* anlegen, wie z. B. die Verbindung der rue de Hussigny durch den Scheiergronn bis auf das Plateau oder den historischen Weg durch den Adlergrund.

Wir werden weiterhin *soziale Projekte unterstützen*, wie z. B. „De Klenge Casino“, die den lokalen Tourismus und die lokale Wirtschaft fördern.

Wir werden das grenzüberschreitende „*Territoire Naturel Transfrontalier*“ (TNT) der Gemeinden Differdingen, Hussigny-Godbrange und Saulnes weiterhin *unterstützen* und *ausbauen*. Die hierfür gegründete Vereinigung soll personell aufgestockt werden und weitere Gemeinden für einen Anschluss gewonnen werden. Im Rahmen dieser Vereinigung sollen Projekte im Natur- und Tourismusbereich mit grenzüberschreitendem Charakter realisiert werden. Hierfür wird verstärkt auf Fördergelder der EU gesetzt.

Wir arbeiten eng mit den Nachbargemeinden („*Office régional du tourisme*“) und den *Strukturen der Großregion* zusammen und sorgen so für eine *breite Vernetzung des Angebots*.

Die Koalitionspartner unterstützen die Vereinigung „*MinettPark, parc industriel, naturel et ferroviaire*“. Wir werden zusammen mit der Gemeinde Petingen und dem zuständigen Ministerium ein Besucherzentrum im Fond-de-Gras errichten. Dieses soll eine Informationsstelle für Besucher, Räumlichkeiten für Konferenzen und auch die langersehnten sanitären Einrichtungen beinhalten. Die Vergangenheit der Erz- und Eisenindustrie soll im Rahmen einer 3D-Visualisierung neu aufleben.

Die Koalitionspartner werden dafür sorgen, dass die *historischen Gebäude* unserer Gemeinde ihre Vergangenheit preisgeben. Dazu werden *interaktive Informationstafeln* an diesen Gebäuden angebracht. Ein *entsprechender Wanderweg* soll die Gebäude und Häuser zu einem Rundgang verbinden und so zu einer touristischen Attraktion werden. Dieses Projekt soll in enger Zusammenarbeit mit dem lokalen Geschichtsverein umgesetzt werden.

Alle *neuen Dienste und Infrastrukturen* der Gemeinde werden im Hinblick auf ihre Nutzung durch die lokale Bevölkerung und den Tourismus geplant.